



Rund 150 Menschen kamen zum Protestspaziergang gegen die Versiegelung von Grünflächen durch den Bau einer forensischen Klinik. CONNY MÜLLER

Politik bemängelt fehlende Transparenz beim Forensik-Neubau

Petition gegen Grünflächenbesiegelung in Heidhausen hat schon über 1800 Unterschriften

Dass in Heidhausen weitere Grünflächen versiegelt werden sollen für den Bau einer forensischen Klinik an der Barkhovenallee, finden viele Anwohner völlig falsch. Eine Bürgerinitiative lud ein zum Protestspaziergang. Rund 150 Menschen kamen, ein bunter Querschnitt durch die Generationen. Auch die Ortspolitik war aufmerksam geworden. Bezirksbürgermeisterin Gabriele Kipphardt hörte sich in Ruhe alles an, wollte sich erst einen Überblick verschaffen. Die Kommunikation mit den Bürgern sei hier schiefgelaufen, soviel stehe fest. Auch meldete sich die Ratspolitik zu Wort. Der Planungsbeirat zum Bau der Forensik und die Bürger müssten umgehend informiert werden.

Kommunikation fehlt

Was ist bisher bekannt? Der Landschaftsverband Rheinland (LVR) möchte eine Forensik bauen für bis zu 69 Patientinnen im Maßregelvollzug. In NRW fehlen Therapieplätze, gerade für Frauen werden sie händeringend gesucht. Und an der Barkhovenallee gibt es Baurecht für ein „Psychiatrisches Behandlungszentrum“. Sogar schon seit 1974. Und das ist der Knackpunkt für die Bürgerinitiative. Kann es wirklich sein, dass Flächen versiegelt werden aufgrund 50 Jahre alter Pläne? In Zeiten des Klimawandels? Eine der Mitmarschierenden sagte das so: „Wir bekommen immer häufiger Starkregenereignisse. Dann rauscht das Wasser über die versiegelten Flächen ungebremst nach Werden herunter und dort gehen die Gullydeckel hoch.“

Werner Schepers ist einer der Organisatoren. Friedlich solle gegen eine geplante „Ausweitung der Baupläne“ protestiert werden. Es fehle an Information und Kommunikation. Unterschriftenlisten lagen aus für eine Petition an den Landschaftsverband Rheinland und das zuständige Landesministerium. Ein Petitionsaufruf, auch auf [wact.campact.de](https://www.wact.campact.de), verzeichnete nach

nur wenigen Tagen schon über 1800 Unterstützer. Schepers betonte, man habe „absolut nichts“ gegen einen Neubau: „Schließlich muss die Forensik irgendwo hin.“ Man habe allerdings eine Menge gegen die Bebauung der beiden großen Felder. Und gegen „mehr Verkehr und Lärm“. Denn so eine Forensik habe bestimmt um die 300 Mitarbeiter, wie zu hören sei. Und die kämen wohl kaum mit dem Fahrrad nach Heidhausen. Wobei die Bürgerbewegung nicht gegen die Forensik an sich protestiere.

Ob das alle hier so sehen? Der Grüne Ratskandidat Ludger Hicking-Göbels hat seine Zweifel: „Ich finde es wichtig und richtig, dass die Gesellschaft Kapazitäten schafft für therapeutische Angebote. Das möchte ich ganz persönlich für diese Menschen.“ Doch die aktuelle Diskussion laufe aus dem Ruder: „Es kann nicht heißen, es soll hier keine Forensik geben. Da sind wir drüber hinaus. Es geht um das Wie. Aber das kommt nicht so richtig voran, weil die Öffentlichkeit nicht beteiligt wird. Das ist ein großes Versäumnis. Es hätte vermieden werden können, dass die Dinge so eskalieren wie jetzt.“ Der LVR müsse sich mit den zuständigen Dezenten Martin Harter und Peter Renzel zusammensetzen und kurzfristig eine Infoveranstaltung einberufen: „Nur so kann Vertrauen entstehen.“ Das massive Misstrauen und die große Verunsicherung in der Bevölkerung zeige, dass es ein schweres Versäumnis des LVR gewesen sei, den Planungsbeirat und die Bürgerschaft nicht von Anfang an in alle Planungsschritte eingebunden zu haben: „Aktuell werden Dinge behauptet, die so nicht richtig sind, zum Beispiel ist die alte Streuobstwiese nicht in Gefahr. Wir müssen zurückkommen zu einer faktenbasierten Diskussion.“

SPD-Ratscherr Benjamin Brenk ließ wissen: „Wir sind enttäuscht über die weiterhin fehlende Transparenz.“ Von offizieller Seite habe

es immer wieder geheißen, es gebe „nichts Neues“. Dabei würden ja anscheinend doch Planungen kursieren, so Brenk: „Dass hier eine moderne forensische Klinik errichtet werden soll, steht außer Frage. Wir als SPD haben aber immer klar gestellt, dass wir dieses Vorhaben nur dann begleiten werden, wenn es ehrlich und transparent abläuft.“

Vorwürfe an Oberbürgermeister

Wie das aber derzeit von Oberbürgermeister Kufen und Stadtdirektor Peter Renzel gehandhabt werde, werfe Fragen auf: „Es gibt keinerlei Information des Planungsbeirats oder der Politik, keine Einbindung der Bürgerinnen und Bürger. Die sind nun verunsichert wegen der Gerüchte um eine immense Grünflächenvernichtung.“ Dieses sensible Thema vertrage keine Geheimniskrämerei: „Geradezu fahrlässig ist das Verhalten des Oberbürgermeisters. Die Passivität des sonst so mitteilungsfreudigen Stadtoberhauptes kann ich mir nur wahltaktisch erklären.“ Die SPD Werden/Bredeney fordere Kufen dazu auf, sich schnellstmöglich zu den Vorwürfen zu äußern, dass die Pläne bis nach der Kommunalwahl zurückgehalten werden sollten: „Schnellstens müssen alle vorliegenden Pläne für den Neubau offengelegt, der Planungsbeirat einberufen und eine öffentliche Informationsveranstaltung terminiert werden.“

Die Linke im Rat unterstützt den Bau einer forensischen Klinik in Heidhausen ausdrücklich: „Zusätzliche Therapieplätze, insbesondere für Frauen, werden dringend benötigt.“ Verwaltung und das Land NRW müssten nun für umfassende Aufklärung sorgen. Vor allem die mögliche Ausweitung der Bebauung auf benachbarte Felder solle für Verunsicherung in der Bevölkerung. Sprecherin Heike Kretschmer sagt: „Nur durch transparente Kommunikation lassen sich Gerüchte ausräumen und die Sorgen der Anwohnerinnen und Anwoh-

ner ernsthaft diskutieren.“ Der 2021 eingesetzte Planungsbeirat müsse informiert werden: „Das letzte Schreiben der LVR-Universitätsklinik an die Beiratsmitglieder datiert vom Juni 2024. Seitdem herrscht Funkstille.“

Die örtliche CDU fühlt sich enttäuscht von den Bauplänen. Ratscherr Yannick Lubisch diskutierte mit den Menschen und holte sich ein Meinungsbild ab: „Aus unserer Sicht gab es weitgehend Konsens in Heidhausen, dass man eine Forensik auf der bestehenden Fläche der ehemaligen Klinik hinnehmen würde. Die angrenzenden Felder waren hingegen zu keinem Zeitpunkt in etwaigen Planungen genannt worden. Wir sind den Organisatoren der Demonstration daher sehr dankbar, dass sie für den Erhalt der Felder sensibilisieren und mobilisieren.“

Das Essener Bürger Bündnis – Freie Wähler (EBB-WF) sieht Heidhausen gar „am Limit“ und spricht sich gänzlich gegen die Forensik-Bau aus: „Wer in diese Situation noch eine Forensik setzen will, hat die Realität vor Ort ausgeblendet. Wir brauchen eine Atempause – nicht neue Belastungen“, warnt Spitzenkandidat Kai Hemsteeg.

Auf Anfrage der Heimatzeitung hatte das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW eine andere Botschaft. MAGS-Sprecher Marcel Winter gab zu Protokoll, dass es sich hier nicht um eine plötzliche „Erweiterung“ der Planung handele. Die sei vielmehr seit 2021 so vorgesehen. Das bestätigt auch Dorothea Blümer als baupolitische Sprecherin der Grünen, die zudem betont: „Wir nehmen die aktuell entstandenen Sorgen und Fragen sehr ernst. Die Eingliederung der Forensik in die Nachbarschaft und Themen wie das Verkehrsaufkommen müssen von Beginn an mit Transparenz behandelt werden. Deshalb habe ich auch den LVR um die Einberufung des Planungsbeirates gebeten.“ *Daniel Henschke*